

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Erweiterung der Grenzschutzoperation „Triton“ um ein europäisches
Seenotrettungsprogramm**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sich diese auf allen Ebenen der Europäischen Union für die Erweiterung der Grenzschutzoperation „Triton“ um ein Seenotrettungsprogramm unter finanzieller Beteiligung aller 28 EU-Mitgliedsstaaten, einsetzt um künftig Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer möglichst zu verhindern.

Begründung

Im Oktober 2013 ereignete sich vor der Küste von Lampedusa in Italien ein schwereres Bootsunglück bei dem mindestens 339 Flüchtlinge im Mittelmeer ertranken. Italien richtete – ohne Unterstützung der EU-Mitgliedsstaaten und nach Trauer- und Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Welt – binnen weniger Tage die Operation „Mare Nostrum“ zur Rettung von Flüchtlingen ein und finanzierte diese alleine. In nur einem Jahr wurden durch „Mare Nostrum“ 150.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet, bevor die Mission durch „Triton“ von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ersetzt wurde.

„Triton“ hatte aber nur ein Drittel des Budgets von „Mare Nostrum“ zur Verfügung und ist eine Grenzschutz- und keine Seenotrettungsoperation und auf einen Aktionsradius von 30 Seemeilen vor der Küste beschränkt. Ende April 2015 sind laut UNHCR wieder 800 Menschen bei einem einzigen Flüchtlingsbootunglück im Mittelmeer ertrunken. Der europäische Rat beschloss daraufhin die Mittel für „Triton“ wieder auf das Niveau von „Mare Nostrum“ anzuheben. Eine Ausweitung des Aktionsradius auf 160 Seemeilen sowie eine Änderung des Auftrags für „Triton“ von der Grenzschutz- zur Seenotrettungsoperation wurde allerdings unterlassen.

Die unterfertigten Abgeordneten fordern daher, die Errichtung eines echten Seenotrettungsprogramms nach dem Vorbild von „Mare Nostrum“ unter finanzieller Beteiligung aller 28 EU-Mitgliedsstaaten um künftig Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer möglichst zu verhindern.

Linz, am 19. Mai 2015

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Hirz, Schwarz, Wageneder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Langer-Weninger, Schillhuber, Gattringer, Peinsteiner, Manhal, Frauscher, Kirchmayr, Alber

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Promberger, Bauer, Weichsler-Hauer